

ÖFIT

Freie Software für die öffentliche Hand

[16.03.2020] Eine neue Publikation des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) informiert Verwaltungen zum Thema Freie Software. Erklärt werden darin beispielsweise häufige Irrtümer und Aspekte wie IT-Sicherheit, Wettbewerbspolitik oder Beschaffung.

Freie Software bietet vielfältige Potenziale für die öffentliche Verwaltung, ist dort aber oft noch unverstanden. In der neuesten Publikation „Public Money Public Code – Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur mit Freier Software“ des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) klären Experten die häufigsten Irrtümer über Freie Software auf. Die Publikation beinhaltet zudem zahlreiche Beispiele zum Einsatz in der öffentlichen Verwaltung und beantwortet Fragen zu Aspekten wie IT-Sicherheit, Wettbewerbspolitik oder Beschaffung. Das berichtet das Fraunhofer-Institut FOKUS, zu dem ÖFIT gehört. Mit „Public Money Public Code“ wolle das ÖFIT gemeinsam mit der Free Software Foundation Europe (FSFE) Verwaltungen den Mehrwert Freier Software näherbringen. Dazu gehörten eine stärkere Kontrolle über Technik, mehr Nachhaltigkeit durch die Wiederverwendung von Quellcodes und das Teilen von Codes und Kosten mit anderen Institutionen.

Freie Software, oder auch Open Source oder Libre Software, darf für jeden Zweck genutzt und beliebig modifiziert werden, sie darf kostenfrei weitergegeben und kopiert werden und ihr Code darf von unabhängigen Stellen untersucht werden. Um vertrauenswürdige Systeme zu schaffen, müssten öffentliche Einrichtungen jedoch sicherstellen, dass sie die volle Kontrolle über die Software und die Computersysteme haben, die das Herzstück der staatlichen digitalen Infrastruktur bilden.

(co)

Die Studie zum Download (PDF; 5,6 MB)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, ÖFIT, Freie Software, Open Source Software